

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.069.494

Wien, am 24. März 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Yildrim, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Jänner 2023 unter der Nr. **13721/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Beweissicherung bei häuslicher Gewalt und Verabreichung von K.O.-Tropfen“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

1. *Wann werden Gewaltambulanzen zur Beweissicherung in Österreich umgesetzt?*
2. *Welche Schritte wurden diesbezüglich bereits gesetzt?*
3. *Wann soll eine flächendeckende Umsetzung abgeschlossen sein?*
4. *Was steht einer Umsetzung von Gewaltambulanzen aktuell im Wege bzw. warum wurden diesbezügliche Ankündigungen noch nicht verwirklicht?*
5. *Im Jahr 2023 sind keine budgetären Mittel für Gewaltambulanzen vorgesehen. Bedeutet das, dass heuer noch keine Umsetzung erfolgen wird?*
6. *Mit welchen jährlichen budgetären Mittel rechnen Sie für die Gewaltambulanzen?*
7. *Planen Sie die Beweissicherung bei der Verabreichung von K.O.-Tropfen in die Gewaltambulanzen zu integrieren?*

Klinisch forensische Untersuchungen ermöglichen die gerichtstaugliche Dokumentation und Beweissicherung von Gewaltspuren und erhöhen damit die Verurteilungswahrscheinlichkeit. Überdies ermöglichen sie durch die Feststellung des Schweregrades der ausgeübten Gewalt verlässliche Gefährdungsprognosen. Die flächendeckende Gewährleistung von klinisch forensischen Untersuchungen ist daher auch im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt von hoher Relevanz.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Justiz, dem Bundesministerium für Inneres sowie dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wurde die Studie „Die Versorgung Österreichs mit Gewaltambulanzen“ beauftragt und mittlerweile abgeschlossen. Zentrale Ergebnisse wurden durch die Auftragnehmerin Prof. Dr. med. univ. Kathrin Yen im Rahmen des 3. Gewaltschutzbefreiungsgipfels am 6. Dezember 2022 präsentiert.

Die Umsetzung eines Konzepts Gewaltambulanzen berührt die Zuständigkeiten mehrerer Ressorts, darunter das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, das Bundesministerium für Inneres und dem Bundesministerium für Justiz, sowie der Länder und bedarf der Klärung zahlreicher fachlicher und kompetenzrechtlicher Fragen. Zeitgleich mit der Fertigstellung und Präsentation der Studie wurden daher erste Arbeitssitzungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den fachlich berührten Ressorts und Expertinnen und Experten weiterer relevanter Institutionen einberufen. Diese Sitzungen werden unter der Federführung des Bundesministeriums für Justiz laufend fortgeführt.

Die Höhe und Bedeckung der künftigen Kosten einer Umsetzung basiert auf den Ergebnissen der Sitzungen.

Zu den Fragen 8 bis 10:

8. *Liegen Ihnen Daten bzgl. der Entwicklung von Fällen der Verabreichung von K.O.-Tropfen vor (Anzeigen, Verfahren, Verurteilungen)?*
9. *Wenn ja, wie haben sich diese in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?*
10. *Wenn nein, ist eine Erhebung dieser Daten geplant?*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 13719/J vom 25. Jänner 2023 durch die Bundesministerin für Justiz und Nr. 13720/J vom 25. Jänner 2023 durch den Bundesminister für Inneres verweisen.

Zu den Fragen 11 bis 13:

- 11. Arbeiten Sie bzgl. der Problematik von K.O.-Tropfen mit anderen Ministerien zusammen und wenn ja, in welcher Form?*
- 12. Sind Kampagnen zur Prävention bzgl. K.O.-Tropfen geplant?*
- 13. Wenn ja, wann und welche Kosten entstehen dadurch?*

Gewaltschutz und Gewaltprävention sind Querschnittsmaterien. Daher arbeitet mein Ressort selbstverständlich eng mit dem Bundesministerium für Inneres/Bundeskriminalamt beim Themenkomplex K.O.-Tropfen bzw. Bewusstseinsbildung zur Wirkung von K.O.-Tropfen zusammen.

In den Jahren 2021 und 2022 wurde eine entsprechende Informationsoffensive in den sozialen Netzwerken beworben und auf den Social-Media-Kanälen des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Inneres und Bundeskriminalamtes sowie auf meinem Account geteilt. Ferner wurde ein Video, das vor allem Jugendliche ansprechen soll, in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt erstellt und auf der Webseite des Bundeskanzleramtes veröffentlicht.

Ziel der Informationsoffensive ist es, Schutzmaßnahmen und Verhaltensweisen bekanntzumachen, aber auch auf österreichweite und spezialisierte Beratungsangebote, darunter die Fachberatungsstellen bei sexueller Gewalt, hinzuweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab